

2.2.2010

Aufdraht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!



TARIFRUNDE BEI DER IG METALL:



Mobilisierung statt Geheimverhandlungen!

Die Unternehmer wollen die Krise dazu nutzen, um Lohnerhöhungen in 2010 unter allen Umständen zu verhindern. Dementsprechend hat Präsident Kangieser vom Kapitalverband „Gesammetall“ vorsorglich erklärt: „Es gibt nichts zu verteilen“.

Außerdem möchte er das „gemeinsame sozialpartnerschaftliche Krisenmanagement“ noch für ein bis zwei Jahre fortsetzen (Stuttgarter Nachrichten, 20. Januar 2010). In einem Bericht des Tarifarchivs des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) des DGB ist zu le-

sen, was hierbei für uns rumgekommen ist. Institutsleiter Reinhard Bispinck stellt darin für 2009 fest: „Das war das sechste Jahr in Folge, in dem die Beschäftigten effektive Reallohnverluste hinnehmen mussten“ (Welt online 20. Januar 2010). Kein Wunder

Fortsetzung auf Seite 2

500 MILLIONEN EURO FÜR KURZARBEIT:

Krisengewinnler MAN

Soviel hat MAN nach Aussage des Betriebsrats vom Staat für die 17.000 Kurzarbeiter erhalten. Das sind rund und roh 30.000 Euro pro Beschäftigtem. Dass damit die Arbeitsplätze gesichert wurden, wird wie eine Monstranz vorneweg getragen. Nun ist der Konzern keine Würstchenbude. Die andere Seite ist, dass MAN

seine Stammarbeiter mit ihrem Know how halten kann, statt nach der Krise neue auszubilden. Die Leiharbeiter und die Befristeten wurden eben ausgeatmet.

Diese Subventionierung von einer halben Milliarde über das Kurzarbeitergeld ermöglichte es der Nutzfahrzeugsparte, während der Krise drei (!) LKW-Fabriken

in der VR China, in Brasilien und in Indien zu kaufen. So verdienen Großkonzerne in der Krise, das Monopolkapital wird stärker!

Wir sehen, Geld ist genug da, um eine wirkliche Arbeitszeitverkürzung zu fordern, natürlich bei vollem Lohnausgleich!

■krrn



Fortsetzung von Seite 1

Mobilisierung statt Geheimverhandlungen!

der, dass die Kapitalisten diese Art „Krisenmanagement“ fortsetzen wollen. Kannegiesser macht das deutlich mit der Aussage, „Arbeitsplätze sichert man nicht dadurch, dass man sie teurer macht“. Mit der in den Raum gestellten Androhung weiterer Arbeitsplatzverluste soll wieder Lohnverzicht, eine erneute Nullrunde erpresst werden.

Die Lohntarifverträge sind zum 30. April kündbar. In der Hoffnung auf Zugeständnisse von der Kapitaleseite will die IG-Metall-Führung die Tarifrunde 2010 vorziehen. Hierbei betont sie überall: „Beschäftigungssicherung geht vor höheren Löhnen!“ In diesem Sinne werden bereits seit Anfang Dezember 2009 „Sondierungsgespräche“ in verschiedenen Tarifgebieten geführt. Die niedersächsischen Metallunternehmer fordern inzwischen ein Gesamtpaket bis 2012 mit einem Tarifvertrag ohne Lohnerhöhungen! (Junge Welt, 27.1.10)

Von der IG Metall wird befürchtet, dass rund 700.000 Arbeitsplätze bis 2012 vernichtet werden könnten. Eine 28- oder 25-Stunden-Woche mit Teillohnausgleich soll sie sicherer machen. Das soll über den Abschluss von „Beschäftigungssicherungstarifverträgen“ erreicht werden, die für 3,4 Mio. Lohnabhängige in der Metall- und Elektroindustrie gelten sollen. „Ich hoffe und erwarte, dass es eine schnelle Einigung gibt und dies ohne die üblichen Rituale“, hat IG Metall-Vorsitzender Huber gesagt. (Der Tagesspiegel 26.1.2010) Es ist offensichtlich, dass dabei Mitglieder und Vertrauensleute die „Sondierungen“ nicht mit Forderungsdiskussionen stören sollen. Was bedeuten kann, dass das vom Vorstand „ohne die üblichen Rituale“, d.h. ohne Druck von unten, erzielte „Sondierungsergebnis“ ohne viel Federlesens be-

schlossen wird. Die Möglichkeit, dazu noch ja oder nein zu sagen, wird hierbei auf die Tarifkommissionen beschränkt.

Lohnverzicht sichert keine Arbeitsplätze

Also höchste Zeit, dass wir uns einmischen und unsere Meinung sagen. Dabei steht fest: Arbeitszeitverkürzung ist nicht nur tariflich, sondern gesetzlich für alle Lohnabhängigen notwendig. Sie ist notwendig, damit sich die einen nicht zu Tode schuften und die anderen hungern, weil sie keine Arbeit finden. Der Einsatz modernster Technik in Betrieben und Verwaltungen, Roboter, Computer, High-Tech, elektronisch gesteuerte Prozesse usw., machen sie längst möglich. Und das ohne Lohnverzicht! Der hat bisher nur unsere Taschen leerer gemacht, Entlassungen nicht verhindert. Kapitalistenpräsident Kannegiesser bestätigt, dass es im Kapitalismus keine sicheren Arbeitsplätze gibt: „Eine umfassende Jobgarantie könne es nicht geben“ und „Wir haben nicht das unsinkbare Schiff erfunden“, hat er festgestellt. (Stuttgarter Nachrichten 20.1.10)

Daran sollten wir bei unseren Forderungen denken, wir brauchen beides: Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung! Letztere insbesondere, damit sich der technische Fortschritt auf unserer Seite weniger in Form von Kurzarbeit und Massenarbeitslosigkeit ausdrückt. Über „Sondierungsgespräche“ wird das kaum zu haben sein. Daher müssen wir uns als ArbeiterInnen und Angestellte organisiert auf „Kampfzeiten“, auf Streik, einstellen und vorbereiten. Das ist notwendig, um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen und die Erpressungsversuche des Kapitals zurückzuweisen! ■ LJ

AufDraht

Herausgeber:
DKP München und
Gruppe KAZ München

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:
Bernd Bücking
Hofangerstr. 171 • 81735 München

Druck: Eigendruck im Selbstverlag
e-Mail: Auf.Draht@gmx.de

In dieser Ausgabe:

Airbus A400M: Ist die IG Metall nun Sprecher der Rüstungsindustrie? 5

Bundeswehr raus aus **Afghanistan:** der Krieg eskaliert 6/7

Was verbirgt sich hinter dem schönen Namen **ELENA?** 8

Böhle will Nullrunde im Öffentlichen Dienst

Die Tarifverhandlungen haben noch gar nicht begonnen. Doch der Chef der kommunalen Arbeitgeberverbände, Dr. Thomas Böhle, SPD-Mitglied und Personalreferent der Stadt München, schafft bereits Fakten: Für die städtischen BeamtInnen wird es keine neue Altersteilzeitregelung geben. So hätte es der Herr am liebsten: Der Chef sagt, was wir bekommen sollen.

Sein Angebot für die Angestellten: Es gibt gar nichts! Nur die Nasenprämie - leistungsorientierte Bezahlung genannt - würde er gern erhöhen wollen. Einen Arbeitskampf würde er in Kauf nehmen.

Dabei sind die Forderungen von Verdi, deren Höhe mit insgesamt 5 Prozent angesetzt sind, recht bescheiden: das erreichte Lohnniveau soll erhalten bleiben, die leistungsorientierte Bezahlung eingefroren werden, die Regelaufstiege wieder eingeführt, die Gehälter und die Arbeitszeit in Ost und West angeglichen, die Auszubildenden übernommen, freiwerdende Stellen wieder besetzt und die Altersteilzeit fortgesetzt werden. Die Hetze in den Medien wird trotzdem anlaufen. Die Kommunen haben kein Geld. Wer hungert sie seit Jahren aus? Und wer hat die Krise verursacht? Die Angestellten im öffentlichen Dienst?

Internationale Solidarität mit den Streikenden und Kämpfenden!



Seit Mitte Dezember streiken über 12.000 Arbeiterinnen und Arbeiter des Tabak-Großkonzerns Tekel in der Türkei für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Unterstützung finden sie zu Zehntausenden in der Bevölkerung, die sich auf breiter Basis mit ihnen solidarisiert. Inzwischen geht es nicht mehr allein um Tekel, sondern überall in der Türkei gegen Stellenabbau, Lohnkürzung, Privatisierung und Entrechtung der Arbeiter.

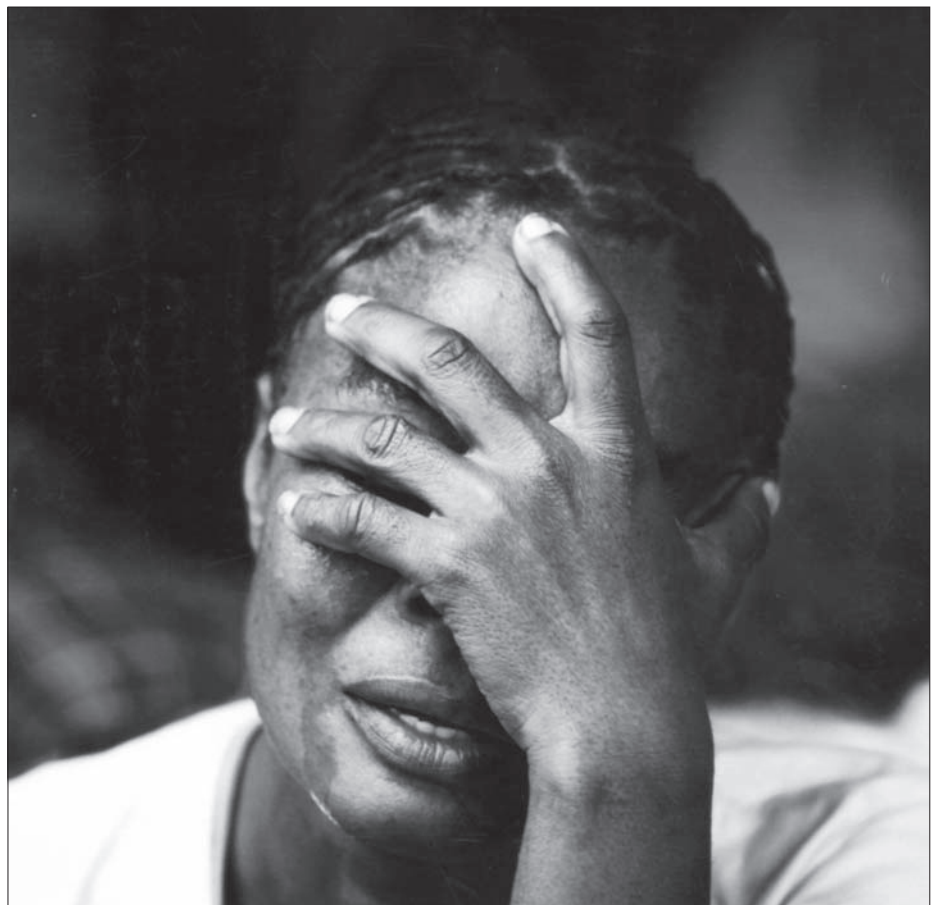


Internationale Solidarität mit den Hungernden!

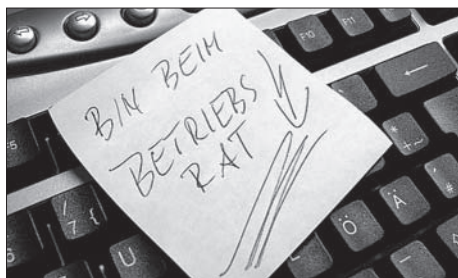
Die Bundesregierung weigert sich, anders als andere Staaten, Flugzeuge bereit zu stellen für den Transport von Helfern und Material für Haiti. Die Helfer müssen mit Linienflügen anreisen, was Zeitverlust bedeutet (Süddeutsche Zeitung, 16.1.2010). In das selbe Bild der christlichen Barmherzigkeit passt auch, dass bei der „Spendengala“ von ZDF und Bild-Zeitung Großkonzerne wie **Siemens** oder **VW** erheblich weniger spendeten wie bei der Tsunami Katastrophe. Der Grund liegt auf der Hand: Es bestehen im Unterschied zu Sri Lanka keine Handelsbeziehungen mit Haiti. Ein Sprecher des deutschen Instituts für soziale Fragen: „Was soll **Daimler** denn für Haiti tun - die werden die nächsten 30 Jahre da kein Auto verkaufen.“ (Süddeutsche Zeitung, 22.1.2010)

Die Kubaner wollen nichts verkaufen. 400 kubanische Ärzte arbeiten direkt in den Armenvierteln. Sie waren in Haiti schon vor dem Erdbeben zur Stelle und hatten in Haiti bereits eine medizinische Infrastruktur aufgebaut. So war es ihnen möglich, Leben zu retten, als sich die Hilfe anderer noch im Stadium der Planung befand.

**Cuba leistet Hilfe,
die wirklich ankommt.**



Spenden unter dem Stichwort „Cuba hilft Haiti“
auf das Spendenkonto der Humanitären Cubahilfe e. V. bei der
Sparkasse Dortmund, BLZ 440 501 99, Konto 91016036



zem gewählt wurden, kann das von sich behaupten?

Betriebsräte werden nur von ihresgleichen gewählt. Die Herren im Anzug, die Bosse der Konzerne und ihre leitenden Angestellten sind ausgeschlossen von der Wahl. Das ist ganz erstaunlich in einem Land, in dem sie sonst das Sagen haben. Ausgeschlossen sind auch: Kapitalisten, Shareholder und Müßiggänger. Die haben

die Belegschaften weiter zu dezimieren, die Arbeitszeit auszuweiten, die Löhne zu drücken. Aktuelles Beispiel: Siemens.

Lasst sie nicht alleine!

In dieser Situation werden die neuen Betriebsräte stehen, und zwar direkt an der Frontlinie. Wir brauchen kämpferische Betriebsräte in der Krise!

Wo ist aber die Verhandlungsmacht der kommenden Betriebsräte? Sie kann alleine von ihren Wählern kommen, von ihrer Belegschaft im Betrieb. Das Kreuzchen zu machen ist nicht schwer. Die Mühen des Wählers kommen dann, wenn die Betriebsräte zu unterstützen sind.

Darum: Steht hinter euren Betriebsräten, damit sie nicht einknicken vor den Angriffen der Unternehmer. ■ *krrn*

BETRIEBSRATSWAHLEN 2010:

Wählt Eure Betriebsräte!

Betriebsratswahlen sind eigentlich etwas Besonderes. Nach den Bundestagswahlen im vergangenen Jahr ist es jetzt in den Betrieben und Verwaltungen möglich, Menschen zu wählen, die unmittelbar ansprechbar sind. Betriebsräte sind abhängig Beschäftigte und können sich in die Lage ihrer Wähler hineindenken. Sie können ihre Interessen vertreten. Wer von den so genannten Volksvertretern, die vor kur-

ihre Vertretung!

Besonders in der Krise haben sie vor,

Das Unwort des Jahres 2009 wurde gewählt: „**betriebsratsverseucht**“

Es stammt aus der Bauhaus-Marktkette, könnte aber dem Wortschatz so mancher Managers entnommen sein. Es soll ausdrücken, dass es eine Seuche sei, für die Interessen der abhängig Beschäftigten einzutreten. In diesem Sinne, Kolleginnen und Kollegen: Verseucht die Festungen des Kapitals - wählt Eure Betriebsräte!



Sie haben einen Betriebsrat notwendiger denn je, Mitarbeiter bei Siemens im unterfränkischen Bad Neustadt

- Ich will die ~~Auf Draht~~ gerne regelmäßig bekommen - bitte schickt mir immer die neue Ausgabe!
- Ich will die DKP kennen lernen - bitte schickt mir Informationsmaterial!
- Ich will die Gruppe KAZ kennen lernen - bitte schickt mir Informationsmaterial!

Name/Vorname

Tel.:

Straße, PLZ und Wohnort

Bitte einsenden an: „Auf Draht“ · c/o KommTreff · Holzapfelstr. 3 · 80339 München

Aufdrähl-Quiz

Seit wann gibt es Betriebsräte?

- A: Seit 1878
- B: Seit 1920
- C: Seit 1934
- D: Seit 1952

Auflösung auf Seite 8



Scheitert der A400M? Na und?

IG Metall Sprecher der Rüstungsindustrie?

Scheitert das bisher größte Rüstungsprojekt der EU - der Militärtransporter Airbus A400M? Na und? Ärgerlich ist in diesem Zusammenhang eine Wortmeldung aus den Reihen der IG Metall. Deren EADS-Beauftragter schlägt laut Frankfurter Rundschau vom 5. Januar 2010 einen „Rettungsplan“ vor.

11.000 deutsche Jobs (EU: 40.000) könnten geschaffen werden und die seien gefährdet, wenn die Produktion des nunmehr um 25 Prozent teurer als geplanten Fliegers eingestellt würde. Damit droht nämlich seit längerer Zeit der Airbus-Chef Enders und will seinen Kunden auf diese Weise noch ein paar Milliarden abpressen, nicht zuletzt der Bundesregierung. (Siehe Kasten: Fakten A400M)

Vorgeschoben werden technische Probleme und Managementfehler. Der EADS-Beauftragte der IG Metall schlug nun eine „Tranchenlösung“ vor, d.h. die Kunden sollen bei gleichem Budget eine geringere Zahl von Maschinen erhalten, der Rest würde später nachgeliefert. (Natürlich geht dann nochmal Kohle über den Tisch.) So sollen die Arbeitsplätze gesichert werden.

Der Angehörige der mächtigsten Gewerkschaft in unserem Land macht sich so zum Büttel des deutsch-französischen Rüstungsmonopolisten EADS. Das passt wie die Faust aufs Auge zu der Ankündigung von IG Metall-Vorsitzendem Huber, in dieser Tarifrunde die Arbeitsplätze si-

chern zu wollen, statt mehr Lohn zu fordern.

Machtpoker auf Kosten der Kollegen

Merkel beharrt weiter auf dem vereinbarten Festpreis und Erfüllung der Verträge. Scheitern aber die Verhandlungen mit den Kunden, will Enders die fehlenden Milliarden der „Mission impossible“ (Enders) über eine Kapitalerhöhung holen. Dann nimmt das Geschachere eine neue Dimension an: Ein Machtkampf zwischen der BRD und Frankreich. Letzteres könnte seine staatliche Beteiligung an EADS aufstocken und so das diffizile Machtgleichgewicht im Konzern zu seinem Gunsten verschieben.

Um das abzuwenden, wird die Tranchenlösung übrigens schon seit November im deutschen Airbus Management erwogen. (SZ, 19.11.2009) Hat sich die IG Metall zum Sprecher eines Kriegsprojekts gemacht? Hier wird hoch gepokert, auch mit der Angst der Airbus Beschäftigten. Anstatt sich da einspannen zu lassen, hat unsere

Der **Airbus A400M** soll 100 Soldaten mit voller Kampfausrüstung oder zwei Hubschrauber oder einen Panzer an alle Orte der Welt transportieren können. Er soll auf Sandpisten landen und mit wenig Anlauf starten können. Er kann damit mehr als die US-amerikanische Konkurrenz.

180 Flugzeuge sind bestellt. Die BRD ist mit 60 Stück der größte Kunde, daneben u.a. Großbritannien, Frankreich und Spanien. 20 Milliarden Euro wurden als Festpreis des Projektes vereinbart, nun soll es 11 Milliarden teurer werden.

Airbus ist eine Tochter von **EADS**. Private EADS-Hauptaktionäre sind die DASA (Daimler) mit 22,5 Prozent und Lagardère (französisch) mit 9 Prozent. Der französische Staat ist mit 13,5 Prozent beteiligt. 5,5 Prozent entfallen auf eine spanische Staatsholding.

Gewerkschaft besser darauf hinzuweisen, dass weitere Milliarden an Steuergeldern EADS in den Rachen geschmissen werden sollen. Für nichts anderes, als diesen Drecksflieger¹ zu bauen, der Tötungsmaschinen transportieren soll. ■ *krrn*

¹ Urban Priol in „Neues aus der Anstalt“, ZDF, 26.1.2010.

Bundeswehr raus aus Afghanistan - aber zack!

Wieder steht München die „NATO-Sicherheitskonferenz“ mit einem Großaufgebot an Polizei ins Haus. Die Fortsetzung des Afghanistan-Kriegs wird diesmal ein zentrales Thema sein.

Die Veranstalter behaupten, es gehe ih-

nen darum, „wie der Frieden auf der Welt gesichert werden kann.“ Aber in Wirklichkeit geht es ihnen um den Schutz der Reichen vor den Armen, wie eine EU-Studie offen zugibt: Es sei erforderlich, „den globalen Reichtum vor den Spannungen und

Problemen der Armut ab(zu)schotten. Da der Anteil der Weltbevölkerung, der in Elend und Ohnmacht lebt, sehr groß bleibt, werden die Spannungen und Übergriffe (...)

Fortsetzung auf nächster Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

weiterhin zunehmen.“¹ Und der Bürochef von Javier Solana (EU) ist nicht minder deutlich: „Die Herausforderung der post-modernen Welt ist es, mit der Idee doppelter Standards klarzukommen. Unter uns gehen wir auf der Basis von Gesetzen (...) um. Aber wenn es um traditionellere Staaten außerhalb (Europas) geht, müssen wir auf die rauerer Methoden einer vergangenen Ära zurückgreifen. - Gewalt, präventive Angriffe, Irreführung, was auch immer nötig ist, um mit denen klarzukommen, die immer noch im 19. Jahrhundert leben (...).“²

Das Ergebnis dieses Denkens ist das Massaker in Kundus, ist die systematische Missachtung des Völkerrechts, sind Überfälle auf fremde Völker. Und das in unse-

rem Namen, mit unserem Geld (schon jetzt 830 Millionen im Jahr, nach der Aufstockung über eine Milliarde), mit Soldaten, die laut Grundgesetz nur zur Verteidigung da sind. Wer aber vor allem zahlen muss, ist die Bevölkerung in Afghanistan. Ihre zivilen Opfer werden von Jahr zu Jahr mehr.

Warum Afghanistan?

Weshalb ist Afghanistan überhaupt besetzt? Dieses arme Land, wo die Mehrheit der Bevölkerung hungert, wo es kaum Bodenschätze, keine Industrie gibt - lediglich der Drogenanbau gedeiht unter dem Schutz der fremden Truppen gut.

Das Unglück Afghanistans ist seine Lage im Innern Asiens: im Norden die Länder mit den reichsten Ölvorkommen der Welt, im Westen Iran, auf der andern Seite

China, im Süden und Osten Pakistan. Indien und Russland sind nicht weit. Deshalb wird das Land mit einem Flugzeugträger verglichen, von dem aus man Asien beherrschen kann.

Für die Bundeswehr gibt es noch weitere Gründe: Sie kann hier die Soldaten fürs Kämpfen trainieren, den Umbau zu einer Interventionsarmee und aktive Aufstandsbekämpfung praktisch erproben, neue Waffen ausprobieren, was auch der Rüstungsindustrie gefällt. Auch die deutsche Exportindustrie fällt das eine oder andere ab.

Deshalb unterstützt die Bundesregierung die NATO-Strategie und hat zusätzlich zu den bisherigen 4500 Soldaten noch weitere 850 bewilligt.

Fremde Truppen können keinen Frieden bringen

Die Voraussetzung für eine selbst bestimmte und friedliche Entwicklung ist der Abzug aller fremden Truppen – denn diese sind nicht die Lösung, sondern selbst das Problem. Das sagen auch die zivilen Helfer, die sich den Wiederaufbau des Landes vorgenommen haben. Sie werden mit den ausländischen Soldaten in einen Topf geworfen und immer öfter überfallen oder behindert. Wenn jetzt die Bundesregierung von Abzugsperspektiven redet, bleibt das Ende immer offen. Auch die SPD mogelt sich um ein festes Abzugsdatum herum. Deshalb fordert die Friedensbewegung: **Abzug sofort!** ■rem

¹ „Ambitions for Europe 2020“ des European Institute for Security Studies

² Robert Cooper, The Post-Modern State, in: Mark Leonard (ed.), Re-Ordering the World, London 2002,

Kriegsführung eskaliert

War das Massaker in Kundus an Menschen, die aus einem entführten Tanklastler sich Benzin abzapfen wollten, ein bedauerlicher Irrtum? Eine schreckliche Entgleisung? Ein „Kollateralschaden“?

Aus einem NATO-Bericht geht hervor, dass der verantwortliche Bundeswehr-Oberst Klein (siehe Foto oben) bewusst gelogen hat. Er hat ein Bedrohungsszenario erfunden, um die Bombardierung der beiden Tanklastzüge durchsetzen zu können. Die amerikanischen Piloten kamen dem Befehl zur Bombardierung nur sehr ungern nach, sie wollten wenigstens Warnflüge vorher durchziehen. Deshalb täuschte Klein Feindberührung vor. Getötet wurden ca. 140 Zivilisten. Ob und wie viele Tali-

ban darunter waren, ist unbekannt – aber da die Bundeswehr in keiner Weise angegriffen wurde, gab es überhaupt keinen legalen Grund für den Vernichtungsplan. Der Einsatz verletzte damit die Richtlinien der NATO.

„Gezielte Ausschaltung“

Auch nachdem Kriegsminister Guttenberg seine Meinung änderte und den Einsatz nicht mehr als „militärisch angemessen“ bezeichnete, stellt er sich voll hinter Oberst Klein. Genauso die Kanzlerin. Denn diese Kriegsführung entspricht der neuen Strategie der Bundeswehr. Sie sieht die gezielte Tötung von Aufständischen vor. Und Klein bekannte sich dazu, möglichst viele vernichten zu wollen - Ver-

brechen an der Zivilbevölkerung sind dabei unausweichlich und eingeplant.

In der neuen seit Juli geltenden „Taschenkarte“, einer Handlungsanweisung, die jeder Soldat mit sich führen muss, steht unter „Befugnisse“: „Angriffe können z. B. dadurch verhindert werden, dass gegen Personen vorgegangen wird, die Angriffe planen, vorbereiten, unterstützen oder ein sonstiges feindliches Verhalten zeigen.“ Das ist der Freibrief für eine präventive Kriegsführung. Angriffe werden als eine Art Selbstverteidigung deklariert. In „kriegsähnlichen Zuständen“, wie es Guttenberg jetzt nennt, ist alles erlaubt, auch offensive, gezielte Tötungen. Dass dann die Opfer hauptsächlich Zivilisten sind, wird in Kauf genommen.

Das ist die neue Eskalationsstrategie der Bundeswehr, die von der Kanzlerin gebilligt wurde. Die „gezielte Ausschaltung der Führungsstruktur der Taliban“ nach dem Vorbild der US-Terrorbekämpfung und der Kriegführung im Irak gehört auch dazu. Da hilft auch kein Beschluss für mehr zivilen Aufbau, denn im Rahmen der zivil-militärischen Zusammenarbeit soll er dem militärischen Erfolg dienen, und genauso sieht das auch die afghanische Bevölkerung.

Nun wird die absurde Diskussion geführt, ob in Afghanistan „Krieg“ geführt wird oder nicht. Angeblich sind die deutschen Soldaten ja dort zum Wiederaufbau, zum Brunnenbohren und Frauen Beschützen da. Dann müsste Oberst Klein angeklagt und verurteilt werden!

Aber das passiert nicht, weil seine Vorgesetzten eine offensivere Macht- und Militärpolitik durchsetzen wollen. ■rem



Werben fürs Sterben.



Milliarden fressen die Kriegseinsätze der Bundeswehr in Afghanistan, Jemen oder Somalia, im Sudan, Kosovo oder Mazedonien. Das Geld fehlt für Bildung und Ausbildung. Da springt dann die Bundeswehr selbst ein. Ein teuflisches Spiel mit der Zukunft und dem Leben unserer Jugendlichen. Sie sollen für die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu den Märkten und Rohstoffen in aller Welt“ den Kopf hinhalten. Damit Banker und Konzernbosse ungeniert weltweit abzocken können.

500.000 Jugendliche sind arbeitslos. Die Zahl der Ausbildungsplätze geht ständig zurück. In München z.B. um 10 Prozent im letzten Jahr. Nur der „Arbeitgeber“ Bundeswehr boomt. Die Arbeitsagentur und die Jugendoffiziere der Bundeswehr werben mit der Arbeitsplatzsicherheit: Mann und Frau müssen sich nur zwischen vier und zwölf Jahren verpflichten, einschließlich „Auslandseinsatz“. Das klingt doch besser als Kriegseinsatz.

Und die ARGE setzt noch eins drauf: Laut Hartz IV ist man verpflichtet, jede angemessene Tätigkeit anzunehmen. Toll, aus der Arbeitslosigkeit heraus nach Afghanistan.



Aus einem Offenen Brief an alle Mitglieder von Verdi

Seit Jahren wird die Sicherheitskonferenz auch zum Schauplatz eines De-facto-Inlandseinsatzes der Bundeswehr. Waren 1997 noch 115 Soldaten eingesetzt, waren es 2009 ca. 340 Bundeswehrangehörige. Auch dies reiht sich ein in die seit Jahren laufenden Bestrebungen, die Bevölkerung an den Einsatz der Armee im Inneren zu gewöhnen und ihn schließlich durch eine Gesetzesänderung zu legitimieren.

All diese Maßnahmen gegen uns „dürfen“ wir dann auch noch selbst bezahlen. Die Förderung der privaten „Sicherheitskonferenz“ durch die Bundesregierung, allein 2008 mit € 341.000,- (neben der Übernahme der Kosten für den Bundeswehreinsatz), ist dabei nur die direkteste Form. Die Teilnehmer dieser privaten Inszenierung militärischer Machtpolitik werden noch dazu am 5. Februar im alten Rathaus, der „Guten Stube Münchens“, empfangen - wiederum durch Steuergelder mitfinanziert, versteht sich. Die Kosten insgesamt, die wir zu tragen haben, gehen sicher in die Millionen. Für die Gehaltsforderung der ArbeitnehmerInnen bei der anstehenden Tarifrunde im öffentlichen Dienst heißt es dagegen von Seiten der Arbeitgeber, dass kein Geld da sei.

Gewerkschaften haben in der Geschichte leidvoll erfahren müssen, was es heißt, wenn die Armee gegen das eigene Volk eingesetzt wird. Auch deswegen setzen wir uns gegen den Einsatz der Armee im Inneren ein. (Heinrich Birner, Geschäftsführer; Harald Pürzel, Vorsitzender)

Jeder abhängig Beschäftigte müsste es eigentlich wissen. Denn ELENA ist seit dem 1. Januar dieses Jahres in Kraft und wird gegen jeden der rund 40 Millionen Arbeiter, Angestellten oder Beamten angewandt. Der Name steht für „Elektronischer Einkommensnachweis“. Auch das klingt harmlos, doch dahinter verbirgt sich Ungeheuerliches.

ELENA ersetzt das, was Peter Hartz, inzwischen wegen Betrug und Untreue in



Was verbirgt sich hinter dem schönen Namen ELENA?

der VW-Affaire verurteilt, unter dem Namen Jobcard bereits „angedacht“ hatte. Jeder Unternehmer muss seit Januar 2010 alle Entgeltdaten digital an eine zentrale Speicherstelle des Bundes senden. Das Gesetz sieht vor, dass die Beschäftigten davon informiert werden. Doch wer hat davon schon einmal gehört? Das ist jedoch bitter nötig, denn es geht um sehr viel mehr Daten, als nur die Höhe des Lohnes und der Sozialversicherungsbeiträge. Mehr als 40 Seiten lang ist die Liste der Angaben, die nun Monat für Monat an diese zentrale Speicherstelle übermittelt werden. Da werden Krankheits- und sonstige Fehltagge abgefragt. Wer wann legal oder „wild“ gestreikt hat soll ebenso gemeldet und dann zentral gespeichert werden, wie Abmahnungen, Gründe für Kündigungen, Fehlverhalten. Da solche Vorgänge nicht einfach angehakt werden können, gibt es freigestellte Felder, in die der Unternehmer irgendetwas hineinschreiben kann. Der Arbeiter, Angestellte oder Beamte weiß davon nichts. Nach seiner Ansicht der Dinge wird auch nicht gefragt.

Wer von seinem Streikrecht Gebrauch macht, wird zentral erfasst

Der Öffentlichkeit, sofern sie überhaupt informiert worden ist, wird diese ungeheuerliche Vorratsdatenspeicherung mit Bürokratieabbau und Kostensenkung schmackhaft gemacht. So soll es ab 2012 ganz einfach werden, z.B. Wohngeld oder Elterngeld zu beantragen. Man müsse nicht mehr zur Personalabteilung der Unternehmen um sich die notwendigen Lohnbescheinigungen ausstellen zu lassen. Nein, man nennt nur seinen persönlichen Schlüssel, den jeder zugeteilt bekommt, und schon kann die entsprechende Behörde die Daten abrufen und den Vorgang entsprechend bearbeiten. Wie schön! Fragt sich nur, wozu die Sachbearbeiterin dazu wissen muss, ob der Wohn- oder Elterngeldantragsteller gestreikt hat oder viel krank ist. Bei den Arbeitsagenturen wird der Zweck von ELENA schon sichtbarer.

Kündigung aufgrund vertragswidrigen Verhaltens? – Na, dann wird das Arbeitslosengeld doch erst einmal gesperrt. Häufig an Streiks teilgenommen, Fehlverhalten, viele Krankheitstage? Scheint eine renitente Person zu sein, der man gleich einmal zeigen kann, wie die Sache mit Hartz IV läuft. Herr Koch hat ja gerade die Arbeitspflicht für Hartz IV Empfänger ins Gespräch gebracht. Da kann man sich gut vorstellen, was, wenn wir es nicht verhindern, das dann im Zusammenhang mit diesem Zentralregister bedeutet: unbezahlte Schwerstarbeit für solch aufmüpfige Subjekte.

Nur mit unserer Zustimmung?

Die Bundesregierung ist sich nicht zu blöd, zu behaupten, die Daten könnten ja nur mit Zustimmung der Betroffenen abgerufen werden und nur von den zuständigen Stellen – zu denen übrigens auch die Gerichte zählen. Was für ein Quatsch! Wenn wir Arbeitslosengeld beantragen müssen, Wohngeld brauchen oder Elterngeld, müssen wir zustimmen, da bleibt doch gar keine Wahl! Ganz abgesehen davon wissen wir doch inzwischen: Wenn solche Daten erst einmal vorrätig sind, werden sie bei Bedarf auch genutzt - mit oder ohne Zustimmung und Wissen der Betroffenen. Das gilt auch für die Unternehmer. Es wird uns zugesichert, diese kämen an die Daten keinesfalls ran. Man fragt sich wirklich, für wie dumm wir eigentlich gehalten werden. Eine Nachfrage beim Chef der vorherigen Arbeitsstelle eines Bewerbers, sozusagen unter seinesgleichen oder ein Gespräch ganz im Vertrauen mit einem guten Bekannten der Arbeitsagentur... Schließlich sind nun per Gesetz alle wesentlichen Daten, monatlich fortgeführt, auf dem Computer zusammengefasst. Ein Mausclick genügt.

Schaffen wir Unruhe!

ELENA ist ein weiterer Schritt, uns umfassend zu kontrollieren und einzuschüchtern. Die Erwerbslosenzahlen steigen, für

Millionen bleibt nur mehr Hartz IV. Kapitalisten und staatliche Dienstherren fordern Nullrunden oder gleich Lohnsenkungen. Gleichzeitig sollen die enormen Schuldenberge des Staates, aufgetürmt durch die staatlichen Segnungen für Banken und Konzerne, auf unsere Schultern abgewälzt werden. Die Krankenkassen kündigen bereits höhere Beiträge an, zu bezahlen nur von uns. Finanzminister Schäuble fordert drastische Einsparmaßnahmen. Da wollen die Herrschenden alles unter Kontrolle haben. Es soll Ruhe herrschen im Lande. Dagegen hilft nur eines: Unruhe schaffen! Fragt den Betriebsrat, was er davon weiß. Verlangt umfassende Aufklärung über ELENA auf Betriebsversammlungen. Fordert von den Chefs monatliche Unterrichtung, was er an die zentrale Speicherstelle gemeldet hat. Der DGB hat für den 23. März eine Veranstaltung mit dem bayerischen Datenschutzbeauftragten geplant. Kommt, damit gemeinsam weitere Schritte geplant werden können. Dass die Gewerkschaften hellhörig geworden sind und beginnen, sich gegen ELENA zu wehren, hat schon dazu geführt, dass Arbeitsministerin von der Leyen Korrekturen verspricht. Doch das reicht nicht. ELENA muss weg! ■gr

AufDraht-Quiz

Auflösung:

- A** Das Sozialistengesetz von Reichskanzler Bismarck verbietet jede Organisation der Arbeiterklasse.
- B** Richtig! Als Folge der revolutionären Rätebewegung von 1918, die den Kaiser verjagte und eine demokratische Republik ermöglichte, werden in allen Betrieben über 20 Beschäftigte Betriebsräte gewählt.
- C** Die faschistische Hitler-Regierung verbietet die Betriebsräte.
- D** Um die Arbeiter von weitergehenden Forderungen abzuhalten, erlässt die Adenauer-Regierung das Betriebsverfassungsgesetz. Es wird 1972 novelliert. Die Betriebsräte erhalten ein begrenztes Mitbestimmungsrecht in Fragen der Ordnung des Betriebs.